



## Niederschrift Sitzung des Bauausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 15.07.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:55 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgersaal des Stadthauses
<b>Sitzungsnummer</b>	BAU/033/14

---

- 1 Information zum Thema Breitband - Schnelles Internet für Gernsheim  
hier: Antrag der CDU - Fraktion vom 24.02.2014, eingegangen am  
26.02.2014  
  
Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der  
Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats recht herzlich  
eingeladen.  
Vorlage: 0060/S/14
- 2 Bericht des Magistrats
- 3 Erstellung eines Baulückenkatasters  
Beschlissen durch Magistrat am 12.06.2014  
Vorlage: 0152/S/14
- 4 Zugänge Bahnsteig Gleis 2 und 3 Bahnhof Gernsheim  
hier: Berichts Antrag der Fraktion GuD vom 02.06.2014, eingegangen am  
03.06.2014  
Vorlage: 0144/S/14
- 5 Errichtung eines Memoriam-Gartens im Friedhof Gernsheim  
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2014, eingegangen am  
13.06.2014 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2014,  
eingegangen am 26.06.2014  
Vorlage: 0157/S/14
- 6 An- und Verkauf von Grundstücken;  
Bestellung eines Erbbaurechts  
Beschlissen durch Magistrat am 09.07.2014  
Vorlage: 0179/S/14

## **Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

### **Verlauf**

Herr Vorsitzender Hammann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Vorsitzender Hammann stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Bauausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Die Herren Bolenz, Müller und Hillerich

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Elke Saltzer

Für die SPD/FDP-Fraktion: Herr Jirele

Für die Fraktion GuD: Herr Trommer

Für die FWG-Fraktion: Herr Hammann

Herr Bürgermeister Burger beantragt, die Vorlage 0179/S/14 An- und Verkauf von Grundstücken, Bestellung eines Erbbaurechts, als Tagesordnungspunkt 6 neu auf die Tagesordnung zu nehmen. Herr Jirele teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die SPD-Fraktion gegen die Aufnahme dieser Vorlage auf die Tagesordnung ist, da keine Dringlichkeit gesehen wird.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG, 1 GuD)

Nein-Stimmen : 1 (SPD)

Enthaltung : -

## **1 Information zum Thema Breitband - Schnelles Internet für Gernsheim hier: Antrag der CDU - Fraktion vom 24.02.2014, eingegangen am 26.02.2014, Vorlage: 0060/S/14**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats recht herzlich eingeladen.

Seitens des Bauausschuss-Vorsitzenden Frank Hammann werden die Herren Gerd Schäfer, Telekom Deutschland GmbH, Ingo Posch und Jörg Nußbaumer von der Firma Unitymedia Kabel BW und der regionale Breitbandberater für Südhessen, Herr Berthold Passlack von der Firma Hessentrade & Invest GmbH begrüßt. Ziel dieser Veranstaltung soll sein, die Damen und Herren Stadtverordneten über die Möglichkeit des Breitbandausbaus in der Schöfferstadt Gernsheim zu informieren.

Zunächst führt Herr Berthold Passlack von Hessentrade & Invest GmbH in die Materie ein. Herr Passlack erläutert, dass es einen abgestimmten Vortrag mit dem Kreis Groß-Gerau gegeben habe, mit dem das technische Ausbauziel des Kreises

mit 50Mbits/s je Anschluss erfolgen sollte. Dies sei für 75 aller Haushalte vorgesehen und könnte bis 2016 fertig gestellt werden.

Herr Passlack weist darauf hin, dass die Organisationsform für die Umsetzung der Breitbandversorgung nebensächlich sei. Es sei unerheblich, ob dies in Form einer GmbH, eines Eigenbetriebes oder einer anderen Organisationsform erfolgen würde.

Herr Schäfer von der Telekom, Infrastrukturvertrieb, erläutert, dass seitens der Telekom ein Ausbau für 12 Milliarden Euro angedacht sei, um 24 Millionen Haushalte durch die Telekom erschließen zu können. Eine Bandbreite sei bis zu 100 Mbits möglich. Herr Schäfer teilt weiterhin mit, dass es zum Ausbau der Restgemeinden im Kreis Groß-Gerau möglich sei, ein neues Angebot zu erstellen; dies sowohl für Einzelkommunen als auch bei einer Gesamtausschreibung für alle Restkommunen des Kreises. Hier sei eine Abstimmung zwischen den Bürgermeistern im Kreis sinnvoll.

Weiterhin führt Herr Schäfer aus, dass der erfolgte Ausbau im Nordkreis Groß-Gerau sich nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit gerichtet habe. Für jede Kommune sei errechnet worden, ob sich ein Ausbau rentiert oder nicht. Man sei grundsätzlich bereit, auch bei nicht vorhandener Wirtschaftlichkeit auszubauen, sofern seitens des Kreises bzw. der Städte und Gemeinden ein Eigenanteil übernommen würden.

Rüsselsheim und Raunheim haben weitere Netze; also sei auch ein Netzausbau durch unterschiedliche Betreiberfirmen in den einzelnen Kommunen möglich.

Auf Nachfrage erläutert Herr Schäfer, dass auch der Ausbau von Neubaugebieten möglich sei, dies allerdings nur mit der Abdeckung der Restkosten durch die Kommunen. Sinnvoll sei es, möglichst Leer-Rohre mit einzuziehen, um später Tiefbauarbeiten einzusparen.

Auch Herr Passlack empfiehlt, Leerrohrsysteme einzubauen, ggf. auch für alle Anbieter. Diese Systeme könnten später sowohl vermietet /verpachtet oder auch verkauft werden.

Der Vertreter der Firma Unitymediakabel BW, Herr Jörg Nußbaumer, erklärt, dass Unitymedia ein eigenes Netz von der Zentrale bis zu den Haushalten unterhalte; dieses sei parallel zu dem Telekomnetz aufgebaut. Das Netz habe einen anderen technischen Aufbau; Glasfaser würde in die Netze eingeblasen, um die Netze auch in beide Richtungen nutzen zu können. Zurzeit sei das Produkt auf 50 Mbits gedeckelt; jedoch soll ab Herbst 2014 eine Ausweitung auf 200 Mbits angedacht werden. Ein Kupferkern in der Leitung und Signalverstärker in den Verteilerkästen würden dies ermöglichen.

Als Nachteil sei zu bemerken, dass das Unitymedianetz leider nicht überall verfügbar sei, aber Gernsheim sei bis zu 85 % erschlossen. Die Resterschließung könne auch in das Konzept eingebunden werden, z. B. bei Straßensanierungen oder auch durch separate Erschließung. Hier sei man bereits einmal im Gespräch mit der Bauverwaltung gewesen; bei einer umfassenden finanziellen Beteiligung der Schöffersstadt sei auch eine kurzfristige Lösung möglich (ohne Betragsnennung durch Unitymedia ca. € 350.000,00 lt. Schätzung der Bauverwaltung).

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass es noch einzelne Straßenzüge gibt, die nicht versorgt sind sowie die Gewerbegebiete. Dies insbesondere, da die Fernsehnutzung in Gewerbegebieten zu gering sei.

Herr Passlack weist darauf hin, dass die Versorgungsleitungen unter dem Portal [www.portal-hessbits.de](http://www.portal-hessbits.de) eingesehen werden könnten. Als Unterschied zwischen den beiden Netzen Telekom und Unitymedia sei festzuhalten, dass Telekom dünnere Drähte verwenden würde, die aber bereits in jedem Gebäude liegen würden. Bei Unitymedia sei der Kabeldurchschnitt besser, aber die Abzweige in die Gebäude würden fehlen und auch einzelne Straßen, die nicht versorgt sind. Dies macht die Versorgung mit Unitymedia zwar etwas teurer, aber trotz allem sei beides in etwa vergleichbar.

Mittel- bis langfristig würde die Planung auf Glasfaser hinaus laufen; die Anschlüsse sollten bis in das jeweilige Haus gehen.

Die Bandbreiten selbst sind abhängig von den Knotenpunkten.

Herr Fetsch fragt nach dem weiteren Fortgang der Versorgungsfrage.

Die Telekom empfiehlt hierzu eine nochmalige Ausschreibung für die fünf Restkommunen des Kreises und hält hier eine nochmaligen Vorstoß des Kreises für sinnvoll.

Herr Bürgermeister Burger weist auf den Termin im Landratsamt am 17.07.2014 hin, die Vorbehalte insbesondere der bereits versorgten Kreiskommunen bleiben abzuwarten; danach sei eine Entscheidung der Schöfferstadt Gernsheim zum Ausbau erforderlich.

Laut Herrn Passlack gebe es noch das Problem bei der Ausschreibung, dass die Leistungen und die Zeiträume zu definieren sind. Eine externe Beratung sei auf jeden Fall erforderlich; einschließlich der erforderlichen Vergabe, die rechtskonform erfolgen müsse.

Er informiert weiterhin darüber, dass beim Kreis Groß-Gerau bereits ein Consultingunternehmen eingebunden war. Dies spreche für eine Ausschreibung durch den Kreis und nicht eine Auftrennung für die einzelnen Kommunen.

## **2 Bericht des Magistrats**

Der Bericht des Magistrats entfällt für die heutige Sitzung des Bauausschusses.

## **3 Erstellung eines Baulückenkatasters Beschluss durch Magistrat am 12.06.2014 Vorlage: 0152/S/14**

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Jirele für die SPD-Fraktion mit, dass nach Auffassung der SPD-Fraktion der seinerzeit gestellt Antrag auf Erstellung eines Baulückenkatasters nicht vollständig umgesetzt wurde. Man solle seitens der Stadt Gernsheim bestrebt sein, die Baulücken zu schließen, d. h. die bestehenden und ausgewiesenen Baugrundstücke zu bebauen, anstatt neue Baugebiete zu erschließen. Ein einmaliges Anschreiben an die Grundstückseigentümer reiche seiner Meinung nicht aus. Aus diesem Grund befürworte die SPD-Fraktion das Erstellen eines Baulückenkatasters, um nach einem oder zwei Jahren nochmals einen Vorstoß bezüglich der Bebauung von ausgewiesenen Baugrundstücken an die Eigentümer zu tätigen.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass seiner Meinung nach der Antrag der SPD-Fraktion vom Februar 2014 umgesetzt wurde. Es könne niemandem vorgeschrieben werden, was er mit seinem Baugrundstück mache. Er schlägt vor, bei Bedarf erneut einen Antrag zu stellen. Bei einer Umsetzung eines Baulückenkatasters würde dies allerdings bedeuten, dass die Grundstückseigentümer mit Flurstück und Adresse pressewirksam veröffentlicht werden. Herr Jirele teilt mit, dass seitens der SPD-Fraktion nicht beabsichtigt ist, dass die Adressen der Grundstückseigentümer bekannt gegeben werden.

Frau Elke Saltzer schlägt vor, im Beschlusstext das Wort „zustimmend“ zu streichen. Herr Bürgermeister Burger sowie die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Der Beschlusstext lautet nun wie folgt:

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt vom Ergebnis der Befragung Gernsheimer Grundstückseigentümer/innen unbebauter Grundstücke Kenntnis und sieht aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse von der dauerhaften Einrichtung eines Baulückenkatasters ab.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 3 (CDU)  
Nein-Stimmen : 1 (SPD)  
Enthaltung : 3 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG, 1 GuD)

#### **4 Zugänge Bahnsteig Gleis 2 und 3 Bahnhof Gernsheim hier: Berichts Antrag der Fraktion GuD vom 02.06.2014, eingegangen am 03.06.2014 Vorlage: 0144/S/14**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Auf den Treppen beider Zugänge des Bahnsteiges der Gleise 2 und 3 soll jeweils an einer Seite eine „Rollfläche“ angebracht werden. Sie soll die Stufen überdecken und dazu dienen, dass Reisende ihre Fahrräder, Rollkoffer o.ä. benutzerfreundlich daraufschieben bzw. rollen lassen können, statt sie über die Stufen tragen zu müssen.

Um Folgendes zu klären, nimmt der Magistrat mit der für den Bahnhof und die Zugänge zum Bahnsteig zuständigen DB-Gesellschaft Kontakt auf:

1. Wer ist für eine solche Maßnahme zuständig hinsichtlich der Planung, Genehmigung, Ausführung und Kostenübernahme?
2. Welche Kosten fallen für eine einfache Lösung dieser Rollfläche z.B. aus Holz, Kunststoff oder Stahl an?
3. Kann ggf. die Schöfferstadt Gernsheim finanziell in Vorlage treten, um die Ausführung der Maßnahme zu beschleunigen?

Im Rahmen der Aussprache verliest Herr Bürgermeister Burger folgenden Vermerk der DB Station & Service AG:

„Sollte sich Ihre Anfrage auf die Nachrüstung der Treppen in Gernsheim auf Fahrradschieberinnen beziehen, dann sende ich Ihnen folgende Antwort:

An bestehenden Treppen rüsten wir keine Fahrrad-Schieberinnen nach, weil die mögliche Unfallgefahr für Fußgänger und auch Radnutzer je Treppenanlage zu bewerten ist. Fußgänger, die bewusst ("runter Rutschen") oder unbewusst auf die Rinnen gelangen, könnten verunglücken auf der Treppe in Gernsheim.

Radfahrer, die die Rampe hinunter fahren oder bei ungewöhnlicher Gewichtsverteilung (z.B. ein Kind auf dem Kindersitz mit Schwerpunktverlagerung nach oben und hinten) sind ebenfalls gefährdet.

Aus diesem Grund sollten wir unsere kostbare Energie in die Umsetzung des Projektes stecken und keine Nebenprojekte starten.

Energie in die Umsetzung des Projektes zum barrierefreien Ausbau Für Fragen und Hinweise stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.“

Nach den Ausführungen schlägt Herr Trommer vor, durch den städtischen Bauhof eine ca. 20 cm breite Rampe aus Holz entlang des Treppenaufgangs zu installieren. Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass dies nicht Sache der Stadt Gernsheim sei, sondern durch die Deutsche Bahn installiert werden müsste. Er sieht bei der Installation einer solchen Rampe ein großes Gefahrenpotential, was letztendlich bei einem Unfall wieder auf die Stadt Gernsheim zurückfällt.

Weiterhin berichtet er, dass laut Aussage der Deutschen Bahn die Planung für den barrierefreien Umbau des Bahnhofes Gernsheim in vollem Gange ist. Die Umsetzung ist bis Ende 2017 vorgesehen. In diesem Zuge wird die Problematik der Barrierefreiheit entfallen, da Rampen und Aufzüge geplant und gebaut werden.

Herr Bolenz schlägt für die CDU-Fraktion vor, den Antrag zurück zu ziehen.

Herr Trommer teilt mit, dass die Fraktion GuD den Antrag nicht zurückziehen wird.

Herr Bolenz beantragt eine getrennte Abstimmung über Ziffer 2+3, Ziffer 1 wurde durch die Mitteilung des Bürgermeisters, dass die Deutsche Bahn für eine solche Maßnahme zuständig ist, vom Antragsteller als erledigt erklärt.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2. des Antrages: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG, 1 GuD)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (SPD)

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 3. des Antrages: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 3 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 GuD, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 3 (CDU)  
Enthaltung : 1 (SPD)

### **5 Errichtung eines Memoriam-Gartens im Friedhof Gernsheim hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2014, eingegangen am 13.06.2014 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2014, eingegangen am 26.06.2014 Vorlage: 0157/S/14**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Umständen die Errichtung eines Memoriam-Gartens (gärtnerbetreute Grabanlage) auf dem Gernsheimer Friedhof möglich ist. Die bisher nicht belegte südliche Erweiterungsfläche soll in die Prüfung einbezogen werden.

Der Memoriam-Garten könnte eine Integration von Urnen- und Erdbestattungsplätzen sowie verschiedenen Formen der Bestattung vom Einzelgrab bis zum Partnergrab sein.

Der Memoriam-Garten könnte beispielsweise als Ergänzung der bisher bestehenden Urnenwände eine neue Möglichkeit für Urnengrabstätten bilden, die schön angelegt werden könnten und den Angehörigen die Möglichkeit einer persönlichen Gestaltung ihres Grabes bietet. Die örtlichen Gärtnereibetriebe könnten hierfür Gestaltungsvorschläge vorlegen und die Anlage pflegen, wobei die Kosten von den jeweiligen Grabnutzern zu tragen sind, was vertraglich zu vereinbaren ist. Die hoheitliche Verantwortung verbleibt bei der Stadt, die auch die Nutzungsrechte vergibt.

Des Weiteren wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Nachdem die jüngst vorgestellten Arbeitsergebnisse der Studentinnen und Studenten keine konzeptionellen Lösungsmöglichkeiten zu einer zukünftigen abgestimmten Nutzung des Friedhofs in der Stadt Gernsheim aufgezeigt haben, wird der Magistrat beauftragt, ein Nutzungskonzept durch einen Landschaftplaner unter Beachtung des Antrags 0157/S/14 und z.B. der Einplanung von Rasengräbern erarbeiten zu lassen.

Dieses Konzept ist sodann zur weiteren Beratung in einer Bauausschusssitzung allen Stadtverordneten zu präsentieren. Planungsmittel stehen im HH-Plan 2014 bei Produkt 55301 Friedhofs- und Bestattungswesen zur Verfügung.

Im Rahmen der Aussprache erörtert Herr Bürgermeister Burger die momentane Situation auf dem bestehenden Friedhof. Er teilt mit, dass aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage zu mehr Urnenbestattungen, die Freiflächen auf dem Friedhof Gernsheim enorm zugenommen haben. Die entstehenden Freiflächen werden bei der künftigen Kostenberechnung mit einkalkuliert, so dass die Anschaffung eines Grabes oder einer Urne in der Urnenwand etc. zu erheblichen Mehrkosten führt.

Herr Trommer fragt nach den zu erwartenden Kosten für die Erstellung eines Konzeptes bzw. er bittet um Mitteilung, wieviel Geld im Haushalt für das Jahr 2014 eingestellt wurde.

In diesem Zusammenhang teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass die Bauverwaltung in dieser Angelegenheit bereits tätig gewesen sei und verweist auf die entsprechende Ausarbeitung der Bauverwaltung.

Frau Elke Saltzer schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion sowie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurückzustellen und bittet darum, in der Bauausschuss-Sitzung nach der Sommerpause diese Ausarbeitung durch die Bauverwaltung im Ausschuss vorzutragen.

Herr Bolenz stellt nach diesen Ausführungen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurück, ebenso stellt Herr Jirele den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Herr Trommer bittet abschließend darum, dass vor der Haushaltsplanberatung eine Besichtigung des Friedhofes stattfindet, dies verbunden mit einem Vortrag der Ausarbeitungen durch die Bauverwaltung im Fachausschuss.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.



**6 An- und Verkauf von Grundstücken;**

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzender

Schriftführerin